

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
 Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen
 in der Bundesrepublik Deutschland

Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Jg. 36, 25. Februar 2010

Der Staat nimmt's

Ein Industriebeschäftigter kam im Jahr 2009 auf ein durchschnittliches Bruttojahresgehalt von etwas mehr als 36.000 Euro, Sonderzahlungen eingeschlossen. Das waren – zu aktuellen Preisen gerechnet – knapp 5.000 Euro mehr als im Nachwendejahr 1991. Damit hat sich das Gehalt des durchschnittlichen Arbeitnehmers preisbereinigt um 16 Prozent erhöht. Weil der Staat aber dem Bürger heute stärker in die Tasche greift als zu Beginn der 1990er Jahre, fällt der Zuwachs beim Netto weniger als halb so hoch aus: Nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben ergibt sich für

den Zeitraum 1991 bis 2009 ein reales Plus von 7 Prozent. In den vergangenen fünf Jahren sind die preisbereinigten Einkommen kaum noch gestiegen. Dies lag zum einen an einer beschäftigungsorientierten Lohnpolitik – also moderaten Gehaltssteigerungen zugunsten der Erhaltung von Jobs. Doch auch die Mehrwertsteuererhöhung im Jahr 2007 und die kräftig gestiegenen Rechnungen für Öl und Benzin drückten das Kaufkraft-Plus. Im Jahr 2009 haben die Beschäftigten in der Industrie vor allem wegen der Kurzarbeit nominal und real weniger verdient als 2008.

In dieser Woche

Einkommenssteuer: Verheiratete Doppelverdiener müssen meist viel vom ihrem Gehalt direkt wieder abgeben, denn in der Steuerklasse V schlägt der Fiskus kräftig zu. Mit dem zu Jahresbeginn neu eingeführten Faktorverfahren ist das Steuer-Ärgernis nicht mehr ganz so groß. Seite 2

Wirtschaftswachstum: Die Binnenfrage hat in der Vergangenheit in Deutschland mehr zum Wirtschaftswachstum beigetragen als der Export. Und auch im internationalen Vergleich weist die Bundesrepublik ein recht gutes Verhältnis zwischen Außenbeitrag und Inlandsnachfrage auf. Seite 3

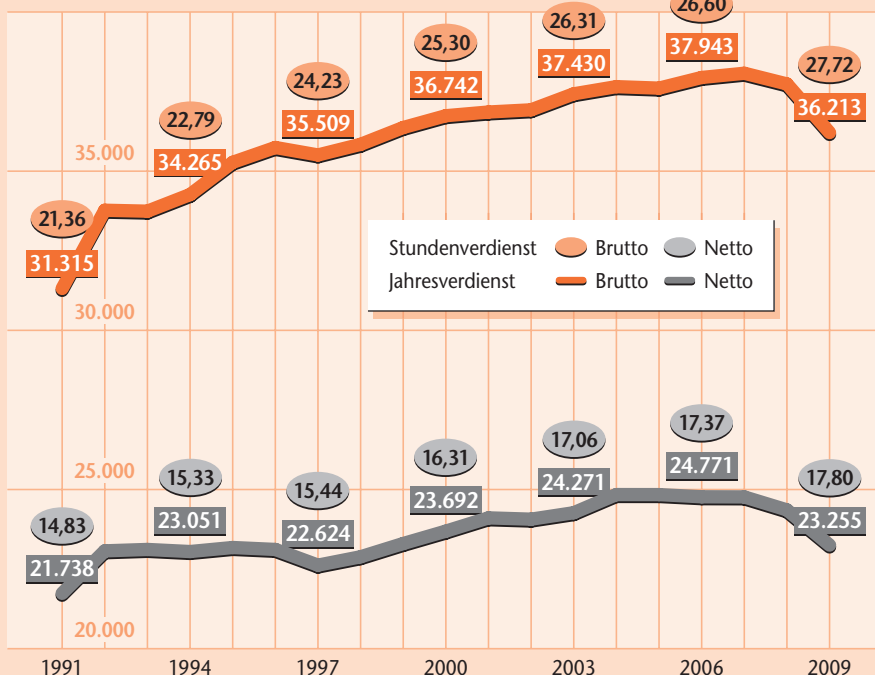
Schwellenländer: Für die deutsche Exportwirtschaft spielen aufstrebende Schwellenländer wie China, Polen oder Russland eine immer größere Rolle. Deren fortschreitende Industrialisierung kommt insbesondere den hochspezialisierten Herstellern von Investitionsgütern zugute. Seite 4-5

Hartz IV: Die meisten erwerbstätigen Arbeitslosengeld-II-Empfänger verdienen sich höchstens mit Minijobs etwas dazu. Durch die Freibetragsregelungen lohnt es sich auch kaum, mehr zu arbeiten. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln schlägt daher ein alternatives Modell vor, das einen Vollzeitjob für sogenannte Aufstocker attraktiver macht. Seite 6-7


FuE-Ausgaben: In Deutschland müssen Unternehmen ihre Forschung und Entwicklung zum größten Teil aus der eigenen Tasche bezahlen. Eine stärkere staatliche Förderung, etwa über steuerliche Vorteile, könnte die deutschen Firmen im internationalen Innovationsranking weiter nach vorn bringen. Seite 8

Realeinkommen: Kurzarbeit hinterlässt Spuren

Verdienst eines Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe in Euro, in Preisen von 2009



Stundenverdienst: je geleistete Stunde; netto: nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben
 Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Einkommenssteuer

Neue Klasse für Zuverdiener

Bei vielen verheirateten Doppelverdienern macht sich bei einem Ehepartner Frust breit, wenn die Gehaltsabrechnung kommt. Denn in der Steuerklasse V schlägt der Fiskus kräftig zu. Mit dem zu Jahresbeginn neu eingeführten Faktorverfahren ist das Steuer-Ärgernis nicht mehr ganz so groß.

Bei einem verheirateten Alleinverdiener ist in puncto Steuern alles klar: Er erhält die Steuerklasse III. Sie berücksichtigt schon beim Lohnsteuerabzug, dass er eine ganze Familie zu versorgen hat. Ihm werden deshalb höhere Vorsorgeaufwendungen anerkannt, und die Steuerlast wird statt nach der Grundnach der Splittingtabelle berechnet. Da-

Die Wahl der Steuerklassen war am Ende jedoch ein Nullsummenspiel. Denn die Lohnsteuer ist nur eine Vorauszahlung auf die tatsächliche Einkommenssteuer. Wer zu wenig „eingezahlt“ hat, muss am Ende nachzahlen; wer zu viel ans Finanzamt überwiesen hat, bekommt Geld zurück. Denn erst nach Abgabe einer Steuererklärung wird berechnet, wie viel für das betreffende Jahr tatsächlich an den Fiskus abgeführt werden muss.

So können in der Steuerklassenkombination III und V die Steuerpflichtigen zunächst zwar billiger davonkommen (Tabelle). Wenn ein Partner 40.000 Euro verdient und der andere 25.000 Euro, zahlen sie in der Steuerklassenkombina-

stellt, dass er seine Familie fast vollständig versorgt.

Wenn beide Partner unterschiedlich verdienen und trotzdem die Steuerklasse IV wählen, freut sich das Finanzamt. Denn es kassiert Monat für Monat mehr Lohnsteuer, als ihm am Ende zusteht. Bis der Fiskus das Geld beim Lohnsteuerjahresausgleich wieder herausrückt, kann Vater Staat damit wirtschaften.

Nur wenn beide Ehepartner etwa gleich viel verdienen, entspricht die monatliche Steuerzahlung ungefähr dem jährlichen Steuersoll.

Um den Frust der Zweitverdiener zu mindern und die hohen Vorauszahlungen in den Steuerklassen IV/IV zu verringern, können die Ehepartner seit Jahresbeginn 2010 eine weitere Steuervariante wählen – das Faktorverfahren. Hierbei wird die Einkommenssteuer, die sich aus der gemeinsamen Veranlagung des Ehepaars ergibt, durch die Summe der Lohnsteuern in der Steuerklasse IV geteilt. Verdienen die Partner 40.000 und 25.000 Euro, werden also 9.572 Euro durch 9.829 Euro geteilt und es ergibt sich der Faktor von 0,9739.

Mit diesem Wert wird die individuelle Lohnsteuer der Ehegatten, die in der Steuerklasse IV zu zahlen wäre, multipliziert. Der Erstverdiener muss dann statt 6.899 nur noch 6.719 Euro zahlen und der Zweitverdiener statt 2.930 nur noch 2.853 Euro. Zusammen entspricht das genau der Steuerschuld von 9.572 Euro, die sich aus der Veranlagung ergibt.

Bei der praktischen Umsetzung wird für die Berechnung des Faktors das Einkommen des Vorjahres herangezogen. Deshalb stimmt die Lohnsteuer nur dann genau mit der veranlagten Einkommenssteuer überein, wenn sich beide Gehälter genau um den gleichen Prozentsatz verändern oder eben konstant bleiben.

Die Abweichungen von der tatsächlich abzuführenden Steuerschuld sind aber auch bei unterschiedlichen Gehaltsentwicklungen meist kleiner als bei der traditionellen Wahl der Steuerklassen IV/IV oder III/V.

Steuerklassen für Ehepaare: Eine dritte Variante

Ehepaare können sich seit dem 1. Januar nicht nur alternativ in die Steuerklassen III und V bzw. IV und IV einstufen lassen, sondern sich auch nach dem Faktorverfahren besteuern lassen; in Euro

	Ehegatte A	Ehegatte B	Ehegatte A	Ehegatte B	Ehegatte A	Ehegatte B
Bruttolohn/-gehalt	40.000	25.000	40.000	25.000	40.000	25.000
Steuerklasse	Faktorverfahren		III	V	IV	IV
Lohnsteuer	6.899	2.930	3.806	5.702	6.899	2.930
Gemeinsame Steuer bei Veranlagung	9.572		9.572		9.572	
Faktor	0,9739					
Effektive Lohnsteuer	6.719	2.853	3.806	5.702	6.899	2.930
Steuernachzahlung (-)/-erstattung (+)	0		-64		+257	

Steuern ohne Solidaritätszuschlag; Faktorverfahren: Hierbei wird die Einkommenssteuer, die sich aus der gemeinsamen Veranlagung des Ehepaars ergibt, durch die Summe der Lohnsteuern in der Steuerklasse IV geteilt. Verdienen die Partner 40.000 und 25.000 Euro, werden also 9.572 Euro durch 9.829 Euro geteilt und es ergibt sich der Faktor von 0,9739, mit dem dann die nach Klasse IV berechnete Lohnsteuer gewichtet wird; Quelle: IW Köln

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2010 IW Medien - iwd 8

bei wird das Einkommen durch zwei geteilt und die jeweilige Hälfte zu dem niedrigeren Steuersatz versteuert.

Ein verheirateter Alleinverdiener mit einem Bruttogehalt von 40.000 Euro zahlt dadurch in diesem Jahr 3.806 Euro Lohnsteuer – gegenüber einem Single spart er 3.093 Euro.

Schwieriger wird es, wenn beide arbeiten. Dann hatte das Paar bisher nur zwei Möglichkeiten:

Alternative 1. Der Erstverdiener kann in der Steuerklasse III bleiben. Dann muss der Zweitverdiener in die Steuerklasse V.

Alternative 2. Beide Partner wählen die Steuerklasse IV.

tion III und V insgesamt 9.508 Euro Lohnsteuer – zuzüglich Solidaritätszuschlag. Mit dem Steuerbescheid kommt jedoch das unsanfte Erwachen: Dann ist eine Nachzahlung von 64 Euro fällig. Diese würde noch höher ausfallen, wenn in die Steuerklasse V nicht ein entsprechender Aufschlag einkalkuliert wäre.

Paradox ist in diesem System zudem, dass der besser verdienende Partner manchmal weniger Lohnsteuer zahlt als der schlechter verdienende. Im gewählten Beispiel werden dem Erstverdiener fast 2.000 Euro weniger Lohnsteuer abgezogen, obwohl er 15.000 Euro mehr verdient. Ihm wird nach wie vor unter-

Konjunktur

Zwei Stützpfeiler

Immer wieder wird der Vorwurf laut, das Wachstum im vergangenen Aufschwung verdanke die deutsche Wirtschaft überwiegend dem boomenden Export. Tatsächlich hat jedoch die Binnennachfrage viel mehr zur Steigerung der Wirtschaftsleistung beigetragen. Und auch im internationalen Vergleich weist Deutschland ein recht ausgeglichenes Verhältnis zwischen Außenbeitrag und Inlandsnachfrage auf.

Die Weltwirtschaftskrise hat Deutschland ziemlich hart getroffen – im Jahr 2009 brach das Bruttoinlandsprodukt um rund 5 Prozent ein. Noch heftiger hatte es die deutsche Volkswirtschaft bislang nur im Jahr 1932 erwischt. Dass die jüngsten wirtschaftlichen Einschlüge hierzulande so stark ausfielen, führen manche Beobachter auf die spezifische Struktur der deutschen Wirtschaft zurück: auf Unternehmen, die sich relativ stark auf die Produktion von Industriewaren und auf Kundschaft rund um den Globus spezialisiert haben.

In der Tat kam die heimische Wirtschaft durch den einbrechenden Welthandel heftiger in die Bredouille als andere, eher binnenorientierte Volkswirtschaften. Doch der in diesem Zusammenhang ebenfalls häufig vorgebrachte Vorwurf, die deutsche Wirtschaft sei nur vom florierenden Exportgeschäft angetrieben worden und man habe die Binnenkonjunktur sträflich vernachlässigt, ist falsch.

Dies zeigt ein Blick auf die Jahre 2005 bis 2008, also die jüngste konjunkturelle

Aufschwungphase, in der Deutschland den Titel Exportweltmeister trug:

Im Jahresdurchschnitt betrug das Wirtschaftswachstum knapp 2 Prozent, wovon 0,7 Prozentpunkte auf den Exportüberschuss entfielen und der größere Teil – nämlich 1,2 Prozentpunkte – der Inlandsnachfrage zu verdanken war.

Der deutsche Konjunkturmotor lief damit auf zwei Zylindern rund und nicht nur auf einem.

Dabei stützt sich die Inlandsnachfrage weniger auf die privaten Haushalte als auf die Unternehmen (Grafik):

- Der private Konsum hat außer im Jahr 2006 kaum etwas zum heimischen Wirtschaftswachstum beigetragen. Das war in den 1990er Jahren deutlich anders, als Ostdeutschland erheblichen Nachholbedarf hatte. Dass die deutschen Verbraucher in der jüngeren Vergangenheit eine derart schwache Performance zeigten, lag unter anderem an den gestiegenen Rohstoffpreisen sowie an der Mehrwertsteuererhöhung Anfang 2007. Auch die moderate Lohnentwicklung hat sicherlich dazu beigetragen, dass die Bürger stärker haushalten mussten.

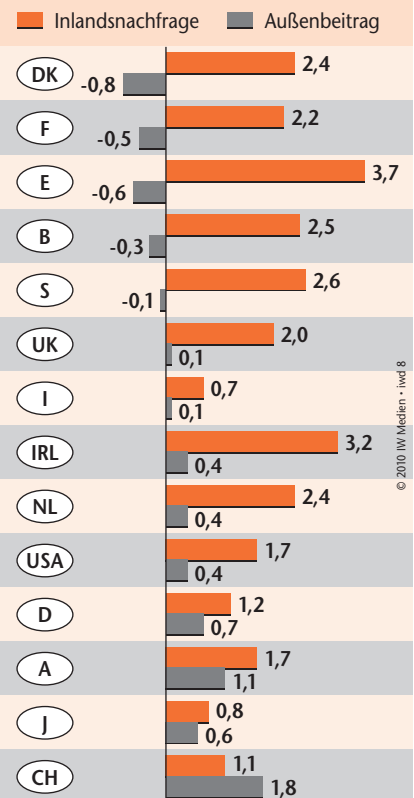
- Die Investitionstätigkeit der Unternehmen hingegen hat das Wachstum im vergangenen Aufschwung kräftig belebt:

Vor allem die Inlandsinvestitionen haben zwischen 2006 und 2008 jährlich im Schnitt rund 1 Prozentpunkt zum Bruttoinlandsprodukt beigetragen.

Stimuliert wurde diese Entwicklung nicht zuletzt vom guten Exportgeschäft.

Wirtschaftswachstum international: Oft einseitig befeuert

Beiträge zum Wirtschaftswachstum zwischen 2005 und 2008 in Prozentpunkten



Außenbeitrag: Exporte abzüglich der Importe
 Ursprungsdaten: Eurostat

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Im Krisenjahr 2009 war es dann vor allem der Staat, der dem wegbrechenden Außenhandel und den rückläufigen Investitionen mit seinen Konjunkturprogrammen etwas entgegengesetzte. Sogar der private Konsum wirkte zuletzt stabilisierend. Auch im internationalen Vergleich zeigt sich, dass die deutsche Wirtschaft recht fest auf zwei Beinen steht (Grafik):

So steuerte der Außenbeitrag in Japan und in der Schweiz zwischen 2005 und 2008 im Verhältnis erheblich mehr zum Wirtschaftswachstum bei als in der Bundesrepublik.

In Ländern wie Dänemark, Frankreich, Spanien, Belgien und Schweden hingegen kamen die Wachstumsimpulse ausschließlich aus der Binnennachfrage.

Deutsches Wirtschaftswachstum: Vielfältig gespeist

Beiträge zum Wirtschaftswachstum in Deutschland in Prozentpunkten

Jahr	Wirtschaftswachstum	Davon entfielen auf				
		... Privaten Konsum	... Staatskonsum	... Anlageinvestitionen	... Vorratsinvestitionen	... Außenbeitrag
2005	0,8	0,2	0,1	0,1	-0,4	0,8
2006	3,2	0,8	0,2	1,4	-0,2	1,0
2007	2,5	-0,2	0,3	0,9	0,0	1,5
2008	1,3	0,2	0,4	0,6	0,4	-0,3
2009	-5,0	0,2	0,5	-1,6	-0,8	-3,4

Wirtschaftswachstum: Veränderung des Bruttoinlandsprodukts im Vergleich zum Vorjahr in Prozent;
 Außenbeitrag: Exporte abzüglich der Importe; Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Deutsche Exporte

Wachstumstreiber Schwellenländer

Ob vor, während oder nach der Krise: Für die deutsche Exportwirtschaft spielen aufstrebende Schwellenländer wie China, Polen oder Russland eine immer größere Rolle. Deren fortschreitende Industrialisierung kommt insbesondere den hochspezialisierten Herstellern von Investitionsgütern zugute.*)

Wer die ökonomische Dynamik der Schwellenländer (siehe Kasten) richtig würdigen will, muss die verzerrenden Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise zunächst ausklammern und den Blick auf die Zeit davor richten. Schon damals, zwischen 2000 und 2007, wuchsen die aufstrebenden Volkswirtschaften um jahresdurchschnittlich gut 6 Prozent, also doppelt so schnell wie die Weltwirtschaft. Exportweltmeister Deutschland konnte davon besonders profitieren:

Mehr als ein Drittel des deutschen Exportwachstums zwischen 2000 und 2007 ging auf das Konto der Schwellenländer.

Dieser Einkaufsboom hat den Anteil der aufstrebenden Länder am gesamten deutschen Warenexport von 18 auf 25 Prozent erhöht. Der Hauptgrund für diese Dynamik war – neben dem hohen Wirtschaftswachstum – der Investitionsboom in Asien. Zudem profitierten viele Schwellenländer ab 2002 von hohen privaten Kapitalzuflüssen sowie stark steigenden Öl- und Rohstoffpreisen. Alles zusammen erlaubte es ihnen, vermehrt ausländische Güter nachzufragen.

Auch im Vergleich mit anderen Industrieländern, der allerdings durch Wechselkursveränderungen verzerrt ist, können sich die deutschen Exporterfolge sehen lassen: Von 2000 bis 2007 stiegen die Ausfuhren in die Schwellenländer um rund 230 Milliarden Dollar – so stark wie in keinem anderen Industrieland.

Die mit Abstand wichtigsten Emerging Markets für Deutschland waren 2007 – in dieser Reihenfolge – Polen, China, Russ-

land, die Tschechische Republik, Ungarn und die Türkei. Im Vergleich zum Jahr 2000 hat Polen nicht nur seine Führungsposition behalten, sondern seinen Anteil an den deutschen Warenexporten sogar von 2,4 auf gut 3,7 Prozent ausgebaut (Grafik). China und Russland, beide mit einem Anteil von jeweils rund 3 Prozent,

haben sich in diesem Zeitraum deutlich nach vorn geschoben; China von Platz 4 auf Platz 2 und Russland von Platz 6 auf Platz 3. Diese beiden Staaten haben zusammen mit Polen zugleich den größten absoluten Exportzuwachs von jeweils über 20 Milliarden Euro.

Gemessen an Deutschlands gesamten Warenausfuhren haben sich die Geschäfte mit den meisten Schwellenländern überproportional gut entwickelt. Das gilt aber nicht für alle: So sind die Warenausfuhren nach Mexiko, Brasilien, Argentinien, Singapur, Hongkong, Thailand, Indonesien und in die Philippinen nur unterdurchschnittlich gewachsen.

Die Bedeutung einiger Emerging Markets für den deutschen Warenexport macht ihr Wachstumsbeitrag deutlich, also der Anteil, den sie zum deutschen Exportwachstum beisteuern:

Die drei größten Kunden Polen, China und Russland hatten zwischen 2000 und 2007 für die Entwicklung der deutschen Ausfuhren ein ähnlich großes Gewicht wie die etablierten Industrieländer Frankreich und die Niederlande.

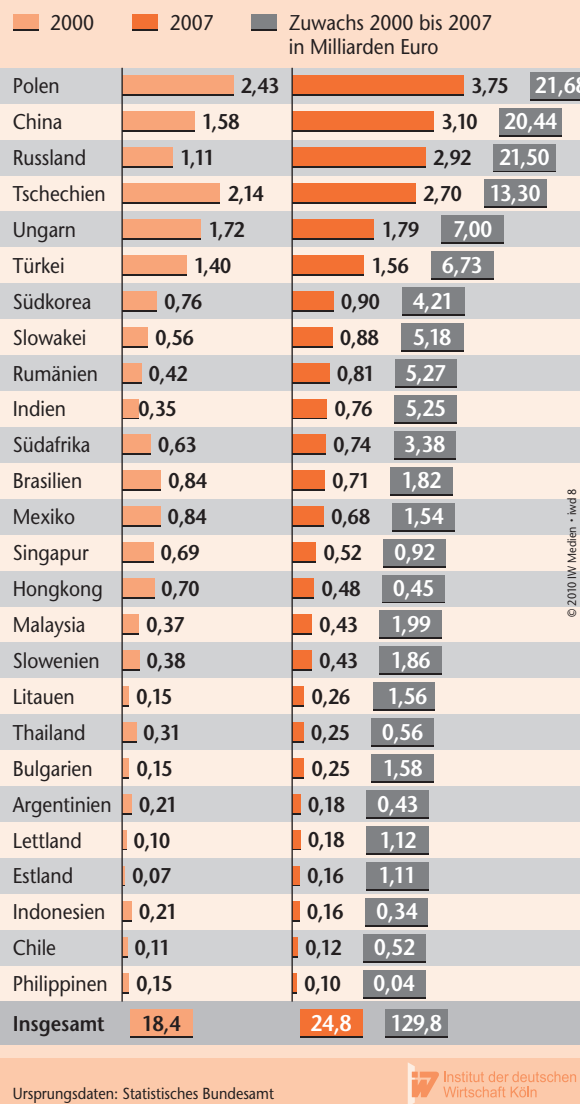
Der Anteil der einzelnen Länder am gesamten deutschen Exportzuwachs betrug in diesem Zeitraum jeweils rund 6 Prozent. Und das, obwohl die Ausgangsbasis, also das deutsche Exportvolumen, in die genannten Schwellenländer im Jahr 2000 sehr viel kleiner war.

Dafür aber war die Dynamik umso eindrucksvoller: Polen importierte 2007 rund 150 Prozent mehr Waren aus Deutschland als im Jahr 2000, China kam auf ein Plus von 215 Prozent und Russland sogar auf 325 Prozent.

Länder wie Ungarn, die Türkei, Indien, Rumänien und die Slowakei haben mit 1,4 bis 1,9 Pro-

Deutschland: Gute Geschäfte mit Schwellenländern

So viel Prozent der deutschen Warenexporte entfielen auf ...



Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

*) Vgl. Jürgen Matthes: Die Bedeutung der Schwellenländer für deutsche Warenexporte, in: IW-Trends 1/2010

zent schon gut halb so viel zum deutschen Exportwachstum beigetragen wie die USA (2,9 Prozent). Tschechien lag mit 3,6 Prozent deutlich darüber.

Eine ganz andere Frage ist, welche Waren die Bundesrepublik in die Schwellenländer verkauft. Nach der sogenannten „Ausrüsterthese“ sind vor allem die deutschen Hersteller von Investitionsgütern gut im Geschäft, denn sie profitieren von der fortschreitenden Industrialisierung dieser Volkswirtschaften. Die Daten für 2000 bis 2007 belegen diese These eindrucksvoll (Grafik):

Beim Export in die Schwellenländer war der Wachstumsbeitrag der Sparte „Investitionsgüter ohne Teile/Zubehör“ zum deutschen Gesamtexport mit fast 23 Prozent um 8 Prozentpunkte höher als bei der Ausfuhr in alle Länder.

Im Handel mit Konsumgütern und Kraftfahrzeugen dominierten dagegen noch die Industrieländer mit ihren breiten und kaufkräftigen Mittel- und Oberschichten, die in den Schwellenländern in dieser Form noch nicht vorhanden sind.

Die Ausrüsterthese bestätigt sich auch, wenn man die Sparte der Investitionsgüter um die Kategorien „Teile/Zubehör“ sowie um Nutzfahrzeuge erweitert und die Exportquoten international vergleicht.

Demnach war der Anteil jener Investitionsgüterexporte, der in die Schwellenländer ging, in Deutschland schon im Jahr 2000 deutlich höher als etwa in Italien, Spanien und Frankreich. Zudem ist er von damals rund 21 Prozent bis 2007 auf 31 Prozent gewachsen und die Abstände zur internationalen Konkurrenz sind noch größer geworden.

Rund die Hälfte des deutschen Exportwachstums bei Investitionsgütern zwischen 2000 und 2007 ging auf das Konto der Schwellenländer.

So weit die Entwicklung vor der Krise. Mit der größten Finanz- und Wirtschaftskrise aller Zeiten aber ist alles anders

geworden – sagen zumindest die Kritiker des deutschen Exportmodells. Deutschland, so ihre These, sei zu exportorientiert – und damit zu abhängig vom Weltmarkt.

Tatsächlich aber gibt es keinen plausiblen Grund, warum ausgerechnet der mehrfache Exportweltmeister seine Strategie ändern sollte. Was die Schwellenländer angeht, von denen einige kaum noch als solche zu bezeichnen sind, besteht kein Grund zur (Absatz-)Sorge.

Vor allem dank der Zugpferde China und Indien wiesen die Emerging Markets selbst mitten in der Wirtschaftskrise 2009 noch positive Wachstumsraten von durchschnittlich gut 1 Prozent auf. Im Jahr 2010 dürften es nach einer Prognose des Internationalen Währungsfonds sogar schon wieder über 5 Prozent sein.

Die relativ robuste Verfassung der aufstrebenden Volkswirtschaften spiegelt sich auch in den deutschen Exporten wider. Während die Ausfuhren in die Industrieländer im Zeitraum Januar bis September 2009 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 21 Prozent einbrachen, gingen die Ausfuhren in die Schwellenländer (ohne Mittel- und Osteuropa) nur um 16 Prozent zurück. Nach China setzten deutsche Exporteure in dieser Zeit nominal sogar 3 Prozent mehr Waren ab, und der Rückgang der Geschäfte mit Indien hielt sich mit 9 Prozent in vergleichsweise engen Grenzen.

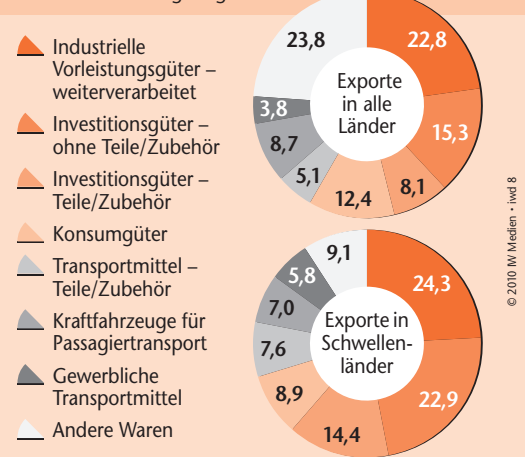
Was die Zukunft angeht, stehen die Zeichen gut. Denn vieles spricht dafür, dass sich die Schwellenländer, mit Ausnahme der Krisenstaaten in Mittel- und Osteuropa, schneller und nachhaltiger erholen als die Industrieländer:

- **Gesündere Banken.** Die Industrieländer sind wegen ihrer angeschlagenen Banken und der teilweise hohen privaten Verschuldung von der Krise stärker betroffen. In den Emerging Markets sind Lage und Aussichten überwiegend positiver.

- **Solide Wirtschaftspolitik.** Die größeren Schwellenländer in Asien und Teilen Lateinamerikas haben aus ihren früheren Fehlern viel gelernt. Sie haben

Schwellenländer: Magnet für deutsche Investitionsgüter

So viel Prozent haben folgende Warengruppen zum Zuwachs aller deutschen Warenexporte zwischen 2000 bis 2007 beigetragen



Ursprungsdaten: Eurostat

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2010 IWD Medien - iwd 8

Die Schwellenländer

Argentinien, Brasilien, Bulgarien, Chile, China, Estland, Hongkong, Indien, Indonesien, Lettland, Litauen, Malaysia, Mexiko, Philippinen, Polen, Rumänien, Russische Föderation, Singapur, Slowakei, Slowenien, Südafrika, Südkorea, Thailand, Tschechien, Türkei und Ungarn.

ihre Auslandsverschuldung (auch in Fremdwährung) abgebaut, Leistungsbilanzüberschüsse sowie hohe Devisenreserven erwirtschaftet, und sie betreiben in weiten Teilen eine solidere und stabilere Wirtschaftspolitik als früher.

- **Mehr Kapitalzuflüsse.** Nach einem massiven Rückzug im vergangenen Winter fließen die Kapitalströme wieder und verbessern die finanzielle und wirtschaftliche Lage insbesondere in den asiatischen und lateinamerikanischen Schwellenländern.

- **Höhere Devisenreserven.** Kapitalzuflüsse gehen oft mit einer Aufwertung einher. Da viele Schwellenländer das mithilfe ihrer Geldpolitik vermeiden oder in Grenzen halten, häufen sie weitere Devisenreserven an. Dies erleichtert ihnen zum Beispiel die Finanzierung von Konjunkturpaketen.

- **Steigende Rohstoffpreise.** Der Auftrieb bei den Energie- und Rohstoffpreisen dürfte sich weiter fortsetzen. Davon profitieren Länder wie Russland, Brasilien und die anderen ölexportierenden Schwellenländer.

Trotz der positiven Perspektiven bleiben auch in den Schwellenländern Risiken. So dürfte die steigende Arbeitslosigkeit den privaten Konsum dämpfen. Alles in allem aber werden die aufstrebenden Länder ihre Rolle als Wachstumstreiber für deutsche Exporte behalten – wenn auch in leicht gedämpfter Form.

Der Drache im Steigflug



China verändert sich – und zwar in einem rasanten Tempo. Bereits im vergangenen Jahr hat das Reich der Mitte Deutschland als Exportweltmeister abgelöst. Doch wohin führt diese Entwicklung? Wie sieht die Zukunft des Landes aus und was bedeutet der Wandel für den Westen? Diese und weitere Fragen behandeln John und Doris Naisbitt in ihrem Buch „Chinas Megatrends – Die 8 Säulen einer neuen Gesellschaft“.

Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass sich in China schrittweise ein neues, bislang nicht da gewesenes soziales und wirtschaftliches System als Alternativmodell zur modernen Demokratie westlicher Prägung entwickelt. Eine der acht Säulen, auf denen dieses neue politische System ruht, ist die „Emanzipation des Denkens“. Sie bildet die Basis für den Wandel der aufstrebenden Wirtschaftsmacht. Ein weiterer Pfeiler heißt „Balanceakt zwischen Spitze und Basis“: Die Regierung gibt die Richtlinien vor und das Volk handelt danach. Damit verbinden sich beide zu einer Kraft, die die Naisbitts als vertikale Demokratie bezeichnen. Ideen, Initiativen und Erfahrungen können ständig durch alle Hierarchien strömen. So entsteht eine völlig neue Form der Führung – ein Gegengewicht zur westlichen, horizontalen Demokratie.

China ist der internationalen Gesellschaft beigetreten. In den kommenden Jahren kann es eine Führungsrolle übernehmen. Die Volksrepublik ist bereits Exportweltmeister und hat sich zudem auf Platz drei der größten Wirtschaftsmächte positioniert. Der Westen hat mit dem Reich der Mitte einen Mitspieler erhalten, der das wirtschaftliche Gefüge vielleicht grundlegend verändern wird. Das Buch von John und Doris Naisbitt hilft, diese Veränderungen zu verstehen. Denn die Ansichten über China sind ebenso facetten- wie zahlreich. Das Buch verdeutlicht die unterschiedlichen Sichtweisen und kommt zu dem Schluss, dass es nicht nur eine Wahrheit über die Volksrepublik gibt. Eine wichtige Informationsquelle also für jene, die das asiatischen Riesenreich ein Stück weit verstehen möchten – ob aus beruflichem oder privatem Interesse.

Vanessa Dahm

John und Doris Naisbitt: Chinas Megatrends – Die 8 Säulen einer neuen Gesellschaft, Carl Hanser Verlag, München 2009, gebunden, 306 Seiten, 21,90 Euro, ISBN 978-3-446-41959-9

Hartz IV

Verdrehte Debatte

Beschäftigte, die aufgrund geringer Löhne ergänzende Transferleistungen wie etwa Hartz IV benötigen, stehen derzeit im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Doch andersherum wird ein Schuh draus: Die sogenannten Aufstocker sind vielmehr überwiegend Arbeitslosengeld-II-Empfänger, die sich mit Minijobs in geringem Umfang etwas hinzuverdienen. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) schlägt daher ein alternatives Modell vor, was es für Aufstocker attraktiver macht, mehr zu arbeiten.

Wenn ein Arbeitslosengeld-II-Empfänger eine Arbeit aufnimmt, büßt er einen Teil seines Lohns dadurch wieder ein, dass das ALG II entsprechend gekürzt wird. Das Sozialgesetzbuch regelt, wie Erwerbseinkommen anzurechnen sind. Ein Arbeitnehmer mit einem 400-Euro-Minijob kann beispielsweise 160 Euro von seinem Lohn behalten – die setzen sich zusammen aus 100 Euro Grundfreibetrag zuzüglich 20 Prozent von 300 Euro.

Ein Arbeitnehmer mit 1.200 Euro brutto hat das Recht auf einen Freibetrag von 280 Euro. Der über diese Summe hinausgehende Nettolohn wird in gleicher Höhe vom Anspruch auf Arbeitslosengeld II abgezogen. Wer also beispielsweise als verheirateter Alleinverdiener 1.200 brutto verdient, kommt auf einen Nettolohn von 954 Euro. Der den Freibetrag überschreitende Verdienst von 674 Euro wird ihm

aber von seinem Anspruch auf Arbeitslosengeld II abgezogen. Beträgt der Transferanspruch seines Haushaltes 1.087 Euro, so bleiben davon unterm Strich noch gut 400 Euro übrig, die dem Arbeitnehmer als ergänzendes Arbeitslosengeld II ausgezahlt werden.

Mit der nur teilweisen Anrechnung der Erwerbseinkommen auf den Transferanspruch verfolgt der Gesetzgeber das Ziel, dem Arbeitslosengeld-II-Empfänger einen Job finanziell attraktiv zu machen. Denn wer seinen kompletten Verdienst dadurch verliert, dass sein Arbeitslosengeld II um denselben Betrag schrumpft, der wird kaum einer Beschäftigung nachgehen wollen. So aber ist sichergestellt, dass jeder, der arbeitet, finanziell besser dasteht als jene Leistungsempfänger, die keinen Job haben – und zwar unabhängig davon, wie hoch der Stundenlohn ist.

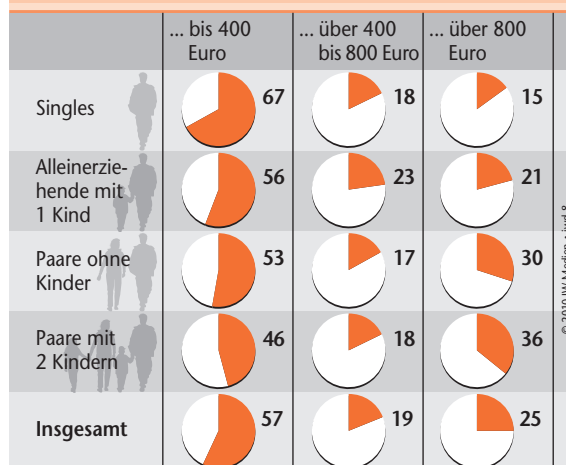
Was zunächst nach einem durchdachten Konzept klingt, hat bei näherer Betrachtung seine Tücken: Durch die gestaffelte Anrechnung der Erwerbseinkommen auf den ALG-II-Anspruch (Grafik Seite 7) werden Teilzeit- und geringfügige Beschäftigung massiv bevorzugt:

Arbeitnehmer mit einem 400-Euro-Minijob büßen 60 Prozent ihres Nettoeinkommens durch Transferentzug wieder ein. Bei Vollzeitbeschäftigten mit 1.200 Euro Bruttoeinkommen sind es schon 69 Prozent.

Ein Beispiel: Ein alleinerziehender ALG-II-Empfänger mit einem Kind kann

Hartz-IV-Empfänger: Minijobs bevorzugt

So viel Prozent der Arbeitslosengeld-II-Empfänger, die einer Arbeit nachgehen, verdienen brutto ...



Stand: September 2009
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

durch einen Minijob sein verfügbares Einkommen um 160 Euro erhöhen. Dafür muss er bei einem Bruttostundenlohn von 8 Euro 50 Stunden arbeiten. Pro Arbeitsstunde bleiben ihm also 3,20 Euro zusätzliches Einkommen. Nimmt er stattdessen eine Teilzeitbeschäftigung mit 700 Euro Bruttomonatslohn auf, erwirtschaftet er für sich nach der Verrechnung mit dem Arbeitslosengeld II nur noch 2,51 Euro pro Arbeitsstunde. Bei einer Beschäftigung mit 1.000 Euro brutto bleiben ihm sogar nur 2,08 Euro pro Arbeitsstunde im Portemonnaie.

Besonders unattraktiv ist der Wechsel aus einem Minijob in eine Vollzeitstelle, die mit 1.300 Euro vergütet wird: Hier bleiben pro Stunde Arbeit nur 1,59 Euro übrig.

Die gutgemeinte Idee der Anreize geht demzufolge nach hinten los. Anstatt dass Transferempfänger wieder Interesse an einer regulären Vollzeitbeschäftigung bekommen, erarbeiten sich die typischen Aufstocker zu ihrem Arbeitslosengeld II lediglich ein Taschengeld hinzu: Rund 57 Prozent der Aufstocker verdienen weniger als 400 Euro im Monat (Grafik Seite 6).

Eine Untersuchung aus dem Jahr 2007 ergab, dass knapp 23 Prozent der Aufstocker sogar nur 100 Euro verdienen – also genau den Betrag, der gar nicht auf den ALG-II-Anspruch angerechnet wird. Insbesondere Alleinstehende begnügen sich mit einem Minijob, obwohl sie durchaus auch eine Vollzeitstelle annehmen könnten – etwa im Gegensatz zu Alleinerziehenden, die Vollzeitjob und Kind meist schwer unter einen Hut kriegen.

Somit hat die Politik ihr Ziel verfehlt – dass die Aufstocker selbst so viel zu ihrem Lebensunterhalt dazuverdienen, wie sie nur können. Das bedeutet, dass sie – soweit es ihnen möglich ist – Vollzeit arbeiten sollten. Die neue Bundesregierung hat das Problem erkannt und im Koalitionsvertrag vereinbart, die Frage der Einkommensanrechnung neu zu regeln. Dabei sollte Schwarz-Gelb diese Aspekte berücksichtigen:

- Eine Beschäftigung in geringem Umfang muss unattraktiver werden, ein Vollzeitjob hingegen attraktiver.
- Die Höhe der Regelsätze sollte unverändert bleiben.

Arbeitslosengeld II: So rechnet sich ein Job

Für einen Arbeitslosengeld-II-Empfänger lohnt es sich derzeit wenig, sein Einkommen mit einer Erwerbsarbeit jenseits von Minijobs aufzustocken, denn alles, was über den Freibetrag hinausgeht, wird direkt mit der staatlichen Hilfe verrechnet: Die ersten 100 Euro Erwerbseinkommen bleiben vollständig anrechnungsfrei. Darüber hinausgehendes Einkommen wird bis zu einem Bruttolohn von 800 Euro zu 80 Prozent angerechnet. Zusätzliches Einkommen wird zu 90 Prozent vom Transfer wieder abgezogen – bis zu einer Grenze von 1.200 Euro bzw. 1.500 Euro bei Haushalten mit Kindern.

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln schlägt daher vor, die Freibetragsregelungen so zu ändern, dass sich eine Vollzeitarbeit deutlich mehr lohnt als ein Minijob: Demnach schrumpft der Grundfreibetrag auf 20 Euro. Bis zu einem Einkommen von 200 Euro brutto werden, abgesehen von diesem Grundfreibetrag, alle Einkünfte vom ALG II-Anspruch abgezogen. Im Gegenzug beträgt der Freibetrag bis zu einem Bruttoeinkommen von 1.000 Euro 40 Prozent des über 200 Euro hinausgehenden Bruttolohns. Über 1.000 Euro hinausgehendes Einkommen wird weiter wie gehabt angerechnet.

Verfügbares Einkommen in Euro samt ergänzendem Arbeitslosengeld II, Wohngeld, Kindergeld und Kinderzuschlag am Beispiel eines Hartz-IV-Empfängers in Berlin

Bruttoeinkommen	Alleinstehende		Alleinerziehende mit 1 Kind unter 7 Jahren		Verheiratete mit 2 Kindern unter 7 Jahren	
	Status quo	IW-Modell	Status quo	IW-Modell	Status quo	IW-Modell
400	853	793	1.305	1.245	1.808	1.748
700	913	913	1.365	1.365	1.868	1.868
1.000	953	1.033	1.405	1.485	1.908	1.988
1.300	973	1.053	1.484	1.515	2.024	2.024

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

- Eine simple Erhöhung der Freibeträge ist nicht sinnvoll. Damit verschiebt sich lediglich die Einkommensgrenze nach oben, bis zu der ein Anspruch auf ergänzendes ALG II besteht. Dies wiederum erhöht die Zahl der ALG-II-Empfänger. Die Folge wären unnötige neue Fehlansätze und steigende Kosten für den Staat.

Der Vorschlag des IW Köln zur Reform der Einkommensanrechnung orientiert sich an diesen Anforderungen: Der Grundfreibetrag von 20 Euro soll nur die mit der Aufnahme einer Beschäftigung zusammenhängenden Kosten kompensieren. Wenn nachweislich mehr als 20 Euro für Fahrtkosten oder Arbeitskleidung anfallen, kann sich der Aufstocker diese Ausgaben auf Antrag erstatten lassen. Bis zu einem Einkommen von 200 Euro brutto werden im IW-Vorschlag abgesehen vom Grundfreibetrag alle Einkünfte vom ALG-II-Anspruch abgezogen. Dadurch werden Minijobs unattraktiv:

Waren bei einem 200-Euro-Minijob bisher 120 Euro anrechnungsfrei, sind es nun nur noch 20 Euro.

Unterm Strich müssten Aufstocker, die nur in geringem Maße erwerbstätig sind, Einbußen von bis zu 100 Euro hinnehmen. Doch schon bei einem Einkommen ab 700 Euro brutto beginnt sich das Blatt zu wenden. Hartz-IV-Empfänger, die mehr verdienen, haben im IW-Modell am Ende auch bis zu 80 Euro mehr in der Tasche als bisher. Somit wird die Aufnahme einer Beschäftigung bis 1.000 Euro brutto deutlich attraktiver.

Die meisten – oft geringqualifizierten – Aufstocker dürften bei diesem Lohn bereits nahezu vollzeitbeschäftigt sein. Darüber dürfte sich auch der Finanzminister freuen: Trotz der Freibetragsserhöhung ist das ergänzende ALG II bei 1.000 Euro Bruttoeinkommen weit niedriger als etwa bei 400 Euro Bruttoeinkommen.

Das einzige Risiko besteht darin, dass Hilfeempfänger, die bis dato geringfügig beschäftigt sind, nach der Neuregelung ihren Job aufgeben wollen. Für den Staat wäre dies aber zu verschmerzen, da er den geringfügig Beschäftigten unter der geltenden Regelung ohnehin noch viel vom ALG II übrig lässt.

Forschende Unternehmen

Innovativ aus eigener Kraft

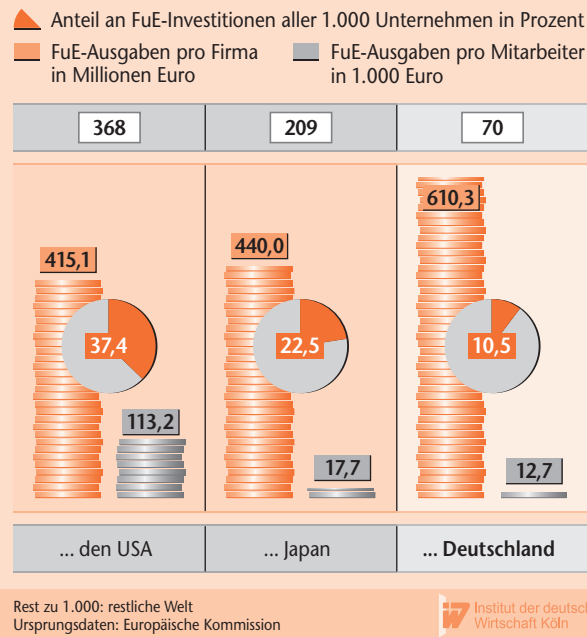
In Deutschland müssen Unternehmen ihre Forschung und Entwicklung zum größten Teil aus der eigenen Tasche bezahlen; der Staat fördert den Forschergeist wenig. Amerikanische Firmen hingegen werden von Uncle Sam mehr unterstützt, was letztlich auch ein Grund für ihre regen Innovationen ist. Eine stärkere staatliche Förderung, etwa über steuerliche Vorteile, könnte daher deutschen Betrieben im internationalen Innovationsranking weiter nach vorn helfen.

Von der Idee bis zum Patent einer Innovation ist es ein langer und in den meisten Fällen teurer Weg. Vorsichtige Schätzungen gehen davon aus, dass beispielsweise die Entwicklung eines neuen Arzneimittels mit Kosten von mehr als 200 Millionen Euro verbunden ist. Aber auch in anderen Branchen müssen Unternehmen viel investieren, um Neuheiten zu entwickeln und umzusetzen.

Gleichzeitig stehen den hohen Ausgaben noch zahlreiche Risiken gegenüber: So ist es unsicher, ob die Idee tatsächlich technisch umsetzbar ist und ob sie auf dem Markt dann auch wirklich eine

Forschung & Entwicklung: USA am eifrigsten

Von den 1.000 Unternehmen mit den weltweit höchsten Forschungs- und Entwicklungsausgaben im Jahr 2008 saßen so viele in ...



Chance hat. Auch der Faktor Zeit spielt eine Rolle: Die Konkurrenz könnte an einem ähnlichen Produkt basteln, schneller sein und somit Kunden wegschnappen. Oder aber die Wettbewerber ahmen die Innovation schnell billiger nach – auch dann steht der Innovator oft mit leeren Taschen da.

Diese Risiken machen die Finanzierung von Forschung und Entwicklung (FuE) schwierig. Dennoch stehen die deutschen Unternehmen im internationalen Vergleich recht gut da (Grafik):

Betrachtet man die weltweit 1.000 forschungsstärksten Unternehmen, so hatten deutsche Firmen im Jahr 2008 einen Anteil von etwa einem Zehntel an deren Forschungs- und Entwicklungsausgaben.

Der größte Batzen entfiel mit rund 37 Prozent auf amerikanische Betriebe, gefolgt von japanischen Unternehmen mit fast 23 Prozent.

Im Hinblick auf die FuE-Ausgaben pro Firma kann Deutschland jedoch Japan und die Vereinigten Staaten auf die Plätze verweisen. Dies zeigt die hohe Finanzkraft der deutschen Großunternehmen. Denn hierzulande müssen Firmen den Großteil ihrer FuE-Investitionen selbst finanzieren, da die staatliche Förderung nur einen geringen Stellenwert hat:

Im Jahr 2006 finanzierte der Staat lediglich 4,5 Prozent der deutschen Unternehmensinvestitionen in Forschung und Entwicklung, im EU-Schnitt waren es 7,2 Prozent und in den USA sogar 9,8 Prozent.

Im Unterschied zu den USA und Japan existiert in der Bundesrepublik zudem bislang keine steuerliche Förderung für Forschung und Entwicklung. Bei dieser Art von staatlicher

Unterstützung von Innovationsaktivitäten wird die sogenannte Innenfinanzierung von Forschungsprojekten gestärkt, also die Finanzierung aus eigenen Kapitalmitteln. Unternehmen erhalten in Abhängigkeit der Ausgaben, die ihnen für Forschung und Entwicklung entstanden sind, Steuererleichterungen. Damit wird es für die Betriebe attraktiver, mehr als bisher in Innovationen zu investieren.

Im Jahr 2008 wurden FuE-Ausgaben bereits in 21 der 30 OECD-Länder steuerlich gefördert.

Der Vorteil dieser Art der staatlichen Unterstützung ist, dass neben den Großunternehmen, die zurzeit Hauptnutznießer der vielen und häufig unüberschaubaren Förderprogramme sind, auch kleine und mittlere Unternehmen stärker profitieren.

Dieser Ausgabe liegt unsere Veröffentlichung „Wirtschaft und Unterricht“ bei.

Für Adressaufkleber